

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal. Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postämtern auf den 1. u. 15. Monat u. auf den 1. Monat besonders angenommen, im 1. u. 2. Quartal. Hamburg 1873. C. A. v. d. V. C. 1. Monat 1 Sgr., 2. u. 3. Monate 2 Sgr. 6 Pf.

Der Volksstaat

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.
Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 5 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat, in Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr.
Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:
für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.);
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Frs.);
für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/4 Frs.);
für Spanien und für Amerika 2 Thlr.
Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Fringerlohn) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition Zeigerstraße 44, Petersstraße 18 und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarzdorf, Neudnig, Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Neudnig, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei Frau Höbe, Rogmarkt Nr. 9, in Andanau, für Connewitz u. bei Teubert, Vornaische Straße 197, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Stötteritz bei D. Richter.
Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

An die Parteigenossen!

Mit der Nummer 92 beginnt ein neues Quartal-Abonnement auf den „Volksstaat“, unser Parteiorgan, und ist es Pflicht eines Jeden von Euch, den „Volksstaat“ nicht nur selbst zu halten und zu lesen, sondern auch nach Kräften zu verbreiten. Gerade in diesem Quartal müssen von allen Seiten die größten Anstrengungen gemacht werden, um den Ausfall, den der Abonnentenstand des Blattes durch das dreimalige Erscheinen desselben erlitten hat, wieder auszugleichen, und wir sind der Ueberzeugung, wenn alle Parteigenossen ihre Schuldigkeit thun, so wird das gar nicht schwer fallen. Es wäre gerade zu beschämend für unsere Partei, wenn der „Volksstaat“ auch in diesem Quartal nur 6600 Abonnenten zählen würde. Das darf nicht sein. Im Gegentheil, wir müssen Alles aufbieten, damit nicht nur die frühere Abonnentenzahl wieder gewonnen wird, sondern mehr noch, wir müssen binnen einem Jahre die Abonnentenzahl auf 10,000 bringen.
Parteigenossen! 10,000 Abonnenten für unser Parteiorgan, für den „Volksstaat“, das ist ein Preis, der der Aufregung werth, die dafür gemacht werden müssen. Freilich, diesen Preis erkämpft man nicht, wenn man die Hände in den Schooß legt und in stiller, beschaumliger Gemüthlichkeit abwartet, bis die neuen Abonnenten von selber kommen, oder wenn man die Agitation für den „Volksstaat“ zu Gunsten der Lokalblätter vernachlässigt. Das darf nicht sein. Die Lokalblätter dürfen nicht auf Kosten des Abonnentenstandes des „Volksstaat“ begünstigt werden, und es wäre ein schlechtes Zeugnis für die Parteithätigkeit solcher Orte, wo dies geschehen würde. Doch wir hoffen, daß kein Ort sich dieses Zeugnis geben wird.
Parteigenossen! 10,000 Abonnenten auf unser „Volksstaat“, das sei hinfort die Parole in allen Partei- und Volksversammlungen. Dafür muß rüchichtslos mit aller Kraft agitiert werden, und erst dann, wenn wir dieses Ziel erreicht haben, erst dann, wenn die 10,000 Abonnenten gewonnen sind, nicht eher, können wir mit dem Resultat dieser Agitation zufrieden sein. Verjagt darum keine Gelegenheit, dem „Volksstaat“ neue Abonnenten und damit der Partei neue Mitglieder zuzuführen.
Immer und immer wieder muß dazu angefordert werden, den „Volksstaat“ zu lesen und zu halten. In jeder Parteiversammlung muß darauf hingewirkt, in jeder Volksversammlung dafür eingetreten werden. Zur erfolgreicheren Agitation wird die Expedition des „Volksstaat“ auf Verlangen eine genügende Anzahl Exemplare zur Beibehaltung gratis überenden, und die Redaktion für sofortigen Abdruck der Agitations- und Lokal-Berichte, die recht oft einzuwenden wir den Parteigenossen dringend empfehlen, Sorge tragen. Und wenn dann Jeder auf seinem Posten, Jeder an seinem Plage und Jeder in rechter Weise und mit dem rechten Eifer für die Verbreitung des „Volksstaat“, unseres Parteiorganes, wirkt, dann kann es nur eine Beleidigung der Partei sein, daran zu zweifeln, daß binnen Jahr und Tag die 10,000 Abonnenten gewonnen sind.
Hamburg, den 22. Sept. 1873. Der Partei-Ausschuß.
J. A.: Th. Nord. A. Geib.

Cagliostro Bakunin.

V. Schluß.

Ueber den Prozeß Reischajeff ist noch Folgendes nachzutragen. Der mehrgedachte Angeklagte Nicolajeff, der Intimus Reischajeffs, sagte aus: „Als ich am Ende den Reischajeff fragte, wo denn eigentlich das vielberühmte „Comité“ sei, antwortete er mir nicht

positiv, sondern sagte, daß alle Mittel erlaubt seien, um die Leute in eine ähnliche Affaire (wie die Ermordung Joannoffs) hineinzuziehen; daß diese Regel auch im Ausland gehandhabt würde — von Bakunin wie von Andern — und daß, wenn solche Leute sich dieser Regel unterwerfen, er, Reischajeff natürlich auch darnach handeln dürfe.“ — Es wird jedenfalls die Bemerkung gestattet sein, daß dieser Aussage Nicolajeffs nicht gerade die Vollkraft eines Beweises zukommen werden darf, weil der Ausfahrende, ein Freund des Hauptzeugs, möglicherweise die Absicht gehabt hat, durch Anschwärzung des Gegners sich reinzuwaschen. Gleichwohl drängt sich und bei Nicolajeffs Aussage unwillkürlich die Erinnerung an einen Attentatsversuch auf, der vor einem Jahre in Zürich an dem Russen Utin, Gegner Bakunin's, durch Bakunisten verübt wurde (siehe Seite 29 und 30 der Prosch.). Dieser Ueberfall galt nicht nur dem Anti-Panklawisten, dem Marjaner, dem Juden, sondern unseres Erachtens in vierter Reihe auch dem Portefeuille des steinreichen Mannes. —

Während Bakunin — wie wir im Artikel 3 sehen — sich durch die Clause „Arbeiter der europäischen Revolution“ von der Verpflichtung der russischen Flüchtlinge, nach Rußland zurückzukehren, selber dispensirt (befreit), that er in Westeuropa gerade so, als ob er „den Teufel im Leibe“ hätte. Sein „Progrès“ in Locles brachte lange Auszüge aus der russischen Zeitschrift „Volkgericht“. — Sein Trabant Guillaume predigte von den „großen Erfolgen der russischen Sozialisten“, und erklärte, daß sein Programm („politische Enthaltung“) auch in Rußland angenommen sei. Dabei hatte Bakunin zwei Jahre ehe der Chaux-de-Fonds-Congreß der Alliansierten das „politische Enthaltungs“-Programm angenommen — also im Jahre 68 — in der „Demokratie“ von Chassin, aus Veranlassung der politischen Enthaltung der französischen Arbeiter, den Satz niedergeschrieben: „Die politische Enthaltung ist eine Thorheit, erfinden von Schurken, um Narren zu täuschen.“ —

Auf dem Congreß von Chaux-de-Fonds wollte Utin die Schwindereien Reischajeffs aufdecken, aber Guillaume schnitt ihm das Wort ab: von Persönlichkeiten reden, das wäre Spionage!! — Und Bakunin, um glauben zu machen, daß die Angelegenheiten in Rußland eine so ernsthafte Wendung genommen hätten, daß sie seine Anwesenheit erforderten, that um jene Zeit in der „Marseillaise“, als ob er eben zurückgekehrt sei „von einer langer Reise in ferne Länder, wohin freie Blätter nicht dringen.“ — Ueberall wohin man bei Bakunin blickt: die bis in's Unausstehliche getriebene Aufschneiderei. So auch im dritten Artikel des zweiten Hefts des „Volkgericht“. — „Das Ende der gegenwärtigen sozialen Ordnung und die Erneuerung des Lebens mit Hilfe neuer Principien kann nur führen zur Concentration aller sozialen Existenzmittel in den Händen unserer Comité's.“

Wir kommen nun zum „Revolutionären Katechismus“. — § 1-7: „Pflichten des Revolutionärs gegen sich selbst.“ — „Der Revolutionär ist ein geweihter (!) Mensch. Er hat keine persönlichen Interessen (!), keine Geschäfte, keine Gefühle (!), keine Neigungen (!), kein Eigenthum und auch keinen Namen. Alles wird bei ihm in Anspruch genommen durch ein einziges, ausschließliches Interesse, einen einzigen Gedanken, eine einzige Leidenschaft: die Revolution.“ (!) — „In der Tiefe seines Seins, nicht bloß in Worten, sondern in der That, hat er vollständig gebrochen mit der bürgerlichen Ordnung und der gesammten civilisirten Welt (!), mit den Gesezen, den Gewohnheiten, der Moral und den allgemein anerkannten Sitten dieser Welt.“ (?) — „Also jeder Revolutionär soll sich, indem er „in der That“ mit den Gesezen bricht, lebenslängliche Justizstrafe verschaffen! Wer soll dann die Revolution machen? — U. A. u. g. — „Ein Revolutionär verachtet allen Dogmatismus und verzichtet auf die Wissenschaft dieser Welt, indem er sie für die zukünftigen Generationen aufhebt. Er kennt nur Eine Wissenschaft: die Zerstörung.“ (3) — „Kalt gegen sich selbst, muß er es auch gegen Andere sein. Alle Gefühle der Zuneigung, alle verwelkenden Gefühle (!) der Verwandtschaft, der Freundschaft, der Liebe, der Dankbarkeit müssen in ihm durch die einzige und kalte Leidenschaft des revolutionären Werks ersetzt sein.“ (6). (Warum nicht lieber gleich den „wahren Revolutionär“ auch physisch castriren? Und warum nicht auch ihm die Augen ausstechen, damit er, wie der blinde Großinquisitor Peter Arbuz, noch gefühlloser sein könnte?) — „Tag und Nacht muß er einen einzigen Gedanken haben, ein einziges Ziel: die unversöhnliche Zerstörung. Indem er kalt und ohne Unterlaß dieses Ziel verfolgt, muß er bereit sein, selbst unterzugehen und alle die, die ihn an seinem Ziele hindern, mit eigenen Händen umzubringen.“ (6). — § 8 bis 11: „Pflichten des Revolutionärs gegen seine Revolutionsgenossen.“ — „Der Revolutionär kann Freundschaft und Zuneigung nur (!) für den Mann haben, der thatsächlich bewiesen hat, daß er, wie er, ein revolutionärer Agent ist.“ (8). — § 12-21: „Pflichten des Revolutionärs gegen die Gesellschaft.“ — „Ein Revolutionär geht in die Welt der Massen und lebt in ihr bloß im Glauben an deren baldige, gänzliche Zerstörung. Er ist kein Revolutionär, wenn Etwas in dieser Welt für ihn Werth hat. Er darf vor der Zerstörung keiner Position, keiner Fessel und keines Menschen, der dieser Welt angehört, zurückschrecken. Wenn die Fesseln der Verwandtschaft, Freundschaft, Liebe seinen Arm zurückhalten können, dann ist er kein Revolutionär“ (13). — „Es ist nicht deutlich zu ersehen, ob dieser letzte Satz für sich allein genommen werden soll oder in Verbindung mit dem vorhergehenden. In diesem Falle wäre auch Eltern- und Gattenmord gebührend!!“ — § 14 erklärt, daß der „Revolutionär“, sich auch in die Geheimpolizei einschleichen darf. — § 22-26: „Pflichten der Verbindung gegen das Volk.“ — Hier wird der tiefste Weisheitsgrund des „revolutionären Revolutionarismus“ sichtbar: „In der Ueberzeugung, daß die Emancipation und das

Glück des Volkes nur erreicht werden können mittels einer Alles zerstörenden Volksrevolution, wird die Verbindung Alles anwenden, um die Uebel und das Unglück zu vergrößern, welche endlich die Geduld des Volkes erschöpfen und es zur Waffenerhebung aufreizen.“ (Aus diesem Grunde also hat Bakunin durch den Prozeß Reischajeff 80 Menschen in Petersburg in's Unglück gestürzt!) „Unsere Angelegenheit ist die schreckliche, vollständige, unversöhnliche und unversöhnliche Zerstörung.“ „Wir müssen uns verbinden mit der Abenteuerwelt des Brigantenthums; das sind die wahren und einzigen Revolutionäre Rußlands.“

So. Nun wären wir glücklich fertig mit diesem lebigen Thema. Zum Schluß nur noch die Bemerkung, daß Bakunin selber in seinem „Ausruf an die Offiziere der russischen Armee“ (Seite 96 ff. der Proschüre) seine Logik und seine Organisation, nach der „jeder Einzelne auf seinen Willen verzichtet“ zu Gunsten der Comité-Befehle (Anti-Autoritarismus!), mit denen der Jesuiten in Parallele stellt. Es ist dies sicherlich der einzige Punkt, wo Bakunin nicht gelogen hat. Nicht etwa als ob wir uns wegen des sogenannten Jesuitensages „der Zweck heiligt die Mittel“ bekreuzigten! Keineswegs! Was wir am Jesuitismus und Bakunismus auszufragen haben, ist nicht, daß sie lehren: der Begriff des Rechts, des Guten, der Tugend ist schwankend, — sondern daß sie, indem sie die Anwendung jedes Mittels Jedem erlauben, eben so viele Millionen Arien der Rechtspraxis etabliren, als es Menschen giebt und dadurch die „Anarchie“ im unerhörtesten Sinn des Wortes. Ein Zustand, in dem Jeder seinen Nebenmann erschrecken soll, bloß weil er glaubt, daß es ein Schuft sei, — das ist der Zustand der Bakunin'schen „Pandestruction“ (Allzerstörung). Es ist das Zeitalter der Menschenfresserei. —

Es wird nach dem Vorstehenden jedem Einzelnen überlassen bleiben müssen, zu urtheilen, ob ein Verdächtigter so schreiben kann, wie Bakunin schreibt, oder ob nicht vielmehr die Bakunin'sche Thätigkeit die eines vollbewußten Betrügers ist.

Politische Uebersicht.

Die Narrheiten unserer Manchester-Männer, d. h. jener Aster-„Volkswirthschaftler“, welche verlangen, daß der Staat sich in gar nichts einmische und den Herren Unternehmern die „Freiheit der Concurrenz“, das ist die schrankenlose Ausbeutung, gewähre, bringen sogar die „Frankfurter Zeitung“ in Harnisch, wiewohl dies Blatt die Interessen der Kleinbürgerlichen Demokratie vertritt. Wir lesen darin:

„Die jedes Maß überschreitende Rathlosigkeit und Verlegenheit, mit der das Manchesterthum auf die steigende Fluth der sozialen Bewegung hinblickt, führen unter Umständen zu den allerseitsamsten Erscheinungen. So hat erst in den jüngsten Tagen ein hervorragender Adept jener Schule Kunde von einem Universalmittel gegeben, mittelst dessen er alle sozialistischen Regungen, die oft in so unbehaglicher Weise die Zirkel der manchesterlichen Theorie — und Praxis föhren, mit einem Schlage zu beseitigen verhofft. „Ignoriren und unter der Hand beseitigen“ — so lautet der pharisäische Rath, den die „Offseezeitung“ ihren Lesern in Bezug auf die Erscheinungen giebt, welche man unter dem Namen der sozialen Bewegung zusammenzufassen pflegt. „Diese Agitation im Einzelnen zu verfolgen“ dozirt der weise Redakteur der „Offseezeitung“ kann kaum Jemandem noch im Ernste zugemuthet werden. . . . wer einmal den Wust von Halbweisheit und Phrasenthum kennt, welcher die Grundlage der sozialistischen Propaganda bildet, für den ist es eben so nutzlos wie langweilig, sich im Einzelnen um die mannigfaltigen Wandlungen zu bekümmern, welche dieser Wust annimmt. Das Gesagte gilt auch für die sozialistische Presse.“ Die besitzenden Klassen, so meint die „Offseezeitung“, würden vor „falscher Sicherheit“ hinlänglich gewahrt sein, wenn sie sich lediglich um die Strikes und Arbeitercooperationen kümmern. „Diese rein praktische Beschäftigung mit den Arbeiterbewegungen, so heißt es an der betreffenden Stelle wörtlich weiter „scheint uns für die Gesamtheit der Besitzenden weit nothwendiger als alle Aufmerksamkeit, welche sie der theoretischen Agitation des Sozialismus zuwenden.“ Mit anderen Worten lautet die Vorschrift der „Offseezeitung“ also: Halten den Arbeitern mit aller Macht den Daumen auf's Auge, aber — spricht nicht davon. Die eibische und logische Berechtigung dieser Ansichten des Manchestergelehrten am fernen Offseestrande mit Gründen zu befechten, müssen wir „für unser armes Theil“ ablehnen, da uns hinlänglich bekannt ist, daß jener „neue Daniel“ derselbe Mann ist, welcher auf dem siebenten volkwirthschaftlichen Congreß in Hannover bei Gelegenheit der Verathung über den Zwangskurs die denkwürdigen Worte sprach: „Ich nehme an, daß wirkliche Aufklärung erst dann vorhanden, wenn die Ueberzeugung von den verheerenden und entfittlichenenden Wirkungen des Zwangskurses eine so tiefgehende geworden, daß wir lieber den Staat untergehen sehen, als bilden, daß er zum Zwangskurse greife.“ Wenn man als geschworener Manchestermann in dieser Weise bereit ist, auf dem Altar des selbstfabrizirten Wohlstandes auch das Heiligste zu opfern, selbst den schützenden Nachtwächter (nach dem bekannten Bilde Lassalle's) mit kaltem Blute abzuschlachten, falls er in äußerster Zwangslage dem manchesterlichen Dogma entzogen von seiner passiven Polizeierolle haardreißig abweicht, wenn man, sagen wir, zu Solchem bereit ist, dann befindet man sich in selbstverschuldeter Verblendung, die unserer Auffassung nach vor jeder Bekämpfung durch moralische oder wissenschaftliche Darlegung vollständig sicher stellen muß.“

Ja, wir können uns auch nicht des Lachens erwehren, wenn

wir einen der eifrigsten Stiefelpuger Bismarcks in „sittlicher Ergebenheit“ renommiren hören, er wolle dem preussischen „Staat“ die Fiedelhaube abschlagen, wenn dieser Staat es wagen wolle, dem von ihm (dem Stiefelpuger) aus Privatvergnügen und zum Zeitvertreib gerittenen „Wissenschafts“-Stiel die Ohren zu stutzen. Wir haben von der Courage der Herren Nationalliberalen, die in ein Waasloch kriechen möchten, wenn der Kirschkrautpallast Bismarcks zornig ruffelt, schon zu viel Heiteres erlebt, als daß wir bei einer solchen Korbmontade (Prälererei) ernsthaft bleiben könnten. Im Uebrigen wird die Arbeiterbewegung ihre naturgemäße Entwicklung verfolgen und an ihr natürliches Ziel gelangen. Wenn die manchestersteren Walschweiber während dieser Zeit die Arbeiterbewegung ignoriren, d. h. ihre höchst läppischen Phrasen an den Nagel des Schweigens hängen, so ist uns das höchst angenehm und stört den Lauf der Dinge nicht im Mindesten.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt weiter: „Wir halten es daher für unverdiente Ehre, wenn der „Hamburger Correspondent“ der „Düsseldorfer Zeitung“ energisch zu Gemüthe zu führen sucht, sie sei selbst wohl bewußt, daß bloße Theorien niemals im Stande sein könnten, die „Grundlagen“ einer Propaganda zu bilden, daß vielmehr diese Grundlage in Zuständen zu suchen sei, über deren Unhaltbarkeit sich nur der zu täuschen vermöge, der den Kopf in den Sand steckt.“ Die „Düsseldorfer Zeitung“ weiß das so gut wie andere Leute, meint der „Hamburger Correspondent“, der niemals die schweren Besorgnisse verhehlt hat, welche in ihm durch die soziale Bewegung erregt wurden, die „Düsseldorfer Zeitung“ weiß es und nichtsbesterwenger rüth das Blatt seinen Lesern allen Ernstes, sich um die Arbeiterbewegung ebenso wenig zu kümmern, wie um diejenigen Organe der Presse, welche die Hauptstützen der geistigen Nahrung des vierten Standes bilden. Daß die Arbeiter nach Befreiung oder Modification des Lohnsystems, nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach Staatsaufsicht über das Fabrikwesen und gesetzlicher Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit verlangen, daß Hunderttausende von Menschen, die Nichts zu verlieren und Alles zu gewinnen haben, die gesammte bestehende Staatsordnung in Frage stellen — das Alles soll geflissentlich ignorirt und höchstens danach gefragt werden, wie man den Stripes mit Hilfe von Arbeitgeber-Coalitionen am Besten zu Leibe kann! In der That der wunderbarste Rath, der denen gegeben werden kann, die das Bedürfnis fühlen, von dem Leben ihrer Zeit und von den Ideen Kunde zu erhalten, welche ihre Volksgenossen bewegen.“

Wir unterschreiben, was hier der „Hamburger Correspondent“ sagt und die „Frankfurter Zeitung“ acceptirt, nämlich, daß der Rath der „Düsseldorfer Zeitung“, die Arbeiterbewegung, außer was Stripes und Arbeitgeberverbände betrifft, zu ignoriren, ein wunderlicher Rath sei, und erlauben uns noch hinzuzufügen, daß dieser „Rath“ eine Dummheit ist. Und eine Dummheit ist er deshalb, weil mit dem Entstehen der Arbeiterbewegung sofort auch eine internationale Reaction auf die Beine gekommen ist, eine Reaction, die mit der Arbeiterbewegung auf Tod und Leben kämpft, deren Träger, die Repräsentanten der alten faulen Gesellschaft, fallen müssen, sobald die Arbeiterbewegung siegt. Daß sie siegen wird, wissen ihre Todtsfeinde und diesen rüth der manchesterne Renommist der „Düsseldorfer Zeitung“, mitten im heftigsten Klassenkampf das Gefecht abzubrechen und sich schlafen zu legen. Wer auf diese Weise den Feind zu schlagen glaubt, gehört in die Kinderscheule und zwar auf die letzte Bank. So stimmen wir in dieser Richtung dem „Hamb. Correspondenten“ und der „Frankfurter Zeitung“ bei, aber nicht aus „christlicher Loyalität“ und „Befürchtung“, sondern weil wir den Klassenkampf als eine geschichtliche Nothwendigkeit erkannt haben. Und nun suche sich die „Düsseldorfer Zeitung“ unter andern Dickschädeln Gefährten aus, die ihr beim „Ignoriren“ des Klassenkampfes beistehen.

— Die Ausweisung Rogeards ist von der Staatshalterei von Niederösterreich bestätigt worden und der österreichische „Staat“ ist glücklich vor dem Manne gerettet, der einst mit seiner wichtigen Satire („die Reden des Labienus“) den Nimbus des dritten Napoleon in Gestalt auflöste und als Mitarbeiter des „Vengueur“ den besondern Haß der Verfallener Ordnungsbandiden auf sich zog. Die österreichischen Stieber sind albern genug, in den officiellen Blättern abzulugnen, daß sie auf Verlangen der französischen Stieber ihre Heldenthaten an Rogeard verübt hätten. Die Ausweisung Rogeards und der andern vier Commune-Flüchtlinge ist eine der Wirkungen des internationalen „schwarzen Buches“, das auf der sogenannten „sozialen Conferenz“ zwischen den Großmächten vereinbart wurde, damit die Polizeibüffel aller Länder sich bei der allgemeinen Hetzjagd auf die Sozialisten in die Hände arbeiten können. Die Existenz dieses „schwarzen Buches“ ist unbestreitbar erwiesen. Rogeard war nicht das erste Opfer der internationalen Stiebererei, und wird auch nicht das letzte sein; das aber sagen wir den Herrn Stiebern einstweilen in's Gesicht, daß es ihnen nicht gelingen wird, die soziale Frage zum Lande hinauszumweisen, noch die Arbeiterbewegung in einem Gefängnis zu inkubiren, und wenn Einzelne aus unsern Reihen zum Opfer fallen, so fallen jene Helden der Polizei durch die Fürsorge der Gerechtigkeit der unsterblichen Väterlichkeit anheim. Der eine Polizeibüffel sorgt dafür, daß der Sozialdemokratie jegliches „Vaterland“ „von dichtem Wege“ genommen wird, der andere schimpft sie in der Presse „vaterlandlos“ — ganz vortrefflich den Jesuiten abgeleut, aber lange thut's nicht gut!

— Herr Castelar wäre also nun glücklich auf dem Thierschen Niveau (hier: Standpunkt) des Verteidigers der „Ordnung“ angelangt. Bis jetzt hat die Geschichte noch keinen Staatmann und keine Partei aufzuweisen, bei denen „Ordnung“ nicht gleichbedeutend gewesen wäre mit Contrerevolution. Hr. Castelar wird wahrhaftig nicht die erste Ausnahme bilden. Nicht als ob wir den Mann für „unehrlich“ hielten; wir sind im Gegentheil fest überzeugt, daß er aufrichtig die Begründung der Republik nach seinem vielfach auf der Tribüne entwickelten Ideal mit ungeschwächter Kraft wünscht. Aber die französischen Girondisten! — Verguinaud, Jénauds u. s. w., auch prachvolle Schwärzner — waren ebenfalls ehrliche Republikaner; sie starben sogar, als es ans Sterben ging, mit Begeisterung für die Republik, wozu Herr Castelar seine Befähigung erst noch zu zeigen hat, und doch wurden diese „ehrlichen“ Gefühlrepublikaner durch die unerbittliche Logik der Thatfachen zu Bundesgenossen und Werkzeugen der Royalisten gemacht. Castelar, ein Girondist, der jetzt in der Jacobinermittige eine Vorstellung gibt, kann diesem Geschie nicht entgegen, zumal er seinen französischen Vorbildern an Energie weit nachsteht. Er ist ein Lamm in der Löwenhaut; und wenn er die Wähne schüttelt, so werden sofort die gutmüthig-frommen Augen sichtbar, und verkünden die beruhigende Botschaft: ich bin ja kein wirklicher Löwe, sondern nur Claus Castelar! Könnte er doch sogar neulich in seiner großen Programmrede den Appell an das

Mitleid nicht weglassen. Was er über die Macht der Carlisten und die Machtlosigkeit der Regierung sagte, war kluglich im höchsten Grade; noch kluglicher, wie er es sagte. So spricht kein Mann, der seinen Weg sieht, und entschlossen ist, jedes Hinderniß niederzuwerfen. Richtig war der Satz, daß ein praktischer Politiker zu Compromissen genöthigt ist. Den Verhältnissen muß Rechnung tragen, wer die Regierung führt. Aber dieses „Rechnungstragen“ darf nicht so weit gehen, daß man dem Feind das Staatsruder anvertraut. Und dies hat Castelar thatsächlich gethan, indem er den alten reaktionären Generalen Serrano, Concha u. s. w. die Armee, und damit die Staatsmacht, in die Hände gegeben hat. Gern hat er dies sicherlich nicht gethan. Aber was blieb ihm anders übrig, nachdem er mit sämtlichen Fraktionen der eigentlich revolutionären Partei gebrochen hatte? Wir haben vor Kurzem an dem Beispiel Robespierre's, der wahrhaftig von kräftigerem Stoff war als Castelar, den Nachweis geführt, wie der ehrlichste und energischste Revolutionär, wenn er einmal gegen ihn „zu weit gehende“ Elemente Front zu machen beginnt, mit unerbittlicher Nothwendigkeit immer weiter getrieben wird auf der Bahn der Contrerevolution, bis er zuletzt von den bewußtesten Vertretern der Contrerevolution über Bord geworfen wird.

Wir wissen nicht, ob die Serrano, Concha und Consorten den Carlislen aufstand bewältigen werden; das aber wissen wir: wenn sie ihn bewältigen, werden sie es nicht für die „schönen Nieder“ und Reden des Herrn Castelar thun.

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Nürnberg. (Protokoll der Generalversammlung zu Gotha vom 10., 11. und 12. August.) Die Generalversammlung wurde Sonntag den 10. August, Nachmittag 2 Uhr, durch den Geschäftsführer Schöffel eröffnet, welcher im Namen des Ausschusses sämtliche Delegirte herzlich willkommen hieß und ihnen dringend an's Herz legte, mit ganzer Kraft für das Gedeihen des Vereins zu wirken. Man schritt hierauf zur Constatirung des Bureaus, und wurde Thimig aus Leipzig zum 1., Wendi aus Berlin zum 2. Vorsitzenden und Baumann aus Nürnberg zum Schriftführer gewählt. Vorsitzender Thimig ersuchte die Versammlung, ihm ihre Unterstützung leihen zu wollen, damit die Verhandlungen der Würde der Versammlung entsprechen mögen, welchem Ansuchen die Versammlung bereitwillig Folge zu leisten versprach. Durch Feststellung der Präsenzliste ergab sich, daß 15 Mitgliedschaften durch 11 Delegirte vertreten waren und zwar: Berlin, Barmen-Elberfeld und Stade durch Wendi (Berlin), Leipzig und Großenhain durch Thimig (Leipzig), Gotha durch Knopf, Braunschweig durch Ludolph, Augsburg durch Hammann, Siegen durch Klerks, Nürnberg und Würzburg durch Baumann (Nürnberg), Bayreuth durch Schweiger, Chemnitz durch Wed, Pforzheim durch Leonhardt (Gotha), und, als Vertreter des Ausschusses, der Geschäftsführer Schöffel aus Chemnitz. Durch ungenaue Angabe der Adresse traf das Mandat der Mitgliedschaft in Frankfurt a. O., welches Herrn Wendi (Berlin) übertragen war, zu spät ein. Zur Mandatprüfungscommission wurde Ludolph und Knopf gewählt. Zugleich erklärte Wed (Chemnitz), daß, durch Ueberhäufung der Geschäfte, sein Mandat auszustellen verzeihen worden sei, weshalb es der Generalversammlung anheimzustellen sei, ob dieselbe ihn als Delegirten anerkennen wolle oder nicht. Nach kurzer Debatte wurde Wed durch Beschluß der Versammlung als Delegirter anerkannt. Sämtliche übrigen Mandate wurden als ordnungsgemäß befunden. Es wurde hierzu der Antrag gestellt: „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß jeder Delegirte so viele Stimmen habe, als er Mandate besitze.“ Wird angenommen. Geschäftsführer Schöffel erstattet nun Bericht über das Geschäftsjahr 1872—73. Er gab in längeren Ausführungen ein Gesamtbild des Vereins, betonte, wie schwer es sei, neue Mitgliedschaften zu gründen, und forderte sämtliche Anwesende auf, ihre ganze Kraft auf die Agitation zu verwenden, damit die Gewerkschaft groß und stark werde. Das Resultat war, daß die Gewerkschaft gegenwärtig aus 20 steuerzahlenden Mitgliedschaften bestände (wovon jedoch vier Mitgliedschaften auf der Generalversammlung nicht vertreten waren und zwar: Bremen, Landshut, Pirna und Regensburg), sowie daß der Hauptfassenbestand 286 Thlr. 13 Gr. 2 Pf. betrüge. Getadelt mußte jedoch werden, daß der Ausschuß, trotz der klaren Bestimmungen des Statuts, die Hauptfassengebühren bei Privaten angelegt hat, und wurde der Ausschuß verpflichtet, die Gelder sofort einzuziehen und bei einer sicheren Bank anzulegen.

Ferner wurde der Antrag gestellt: „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß in Zukunft die Drittungsgebühren und Statuten nicht mehr zusammengebunden werden, weil hierdurch zu viele Schwierigkeiten bei der Agitation entstünden. Wird angenommen. Zur Rechnungsprüfungscommission wurden gewählt: Klerks, Hammann und Schweiger, welche nach gründlicher Prüfung Bücher und Belege in Ordnung befanden, und wurden nach Berichterstattung der Commission zum Ausschuß Decore ertheilt. Dem Geschäftsführer Schöffel wurden für seine Mithewaltung 20 Thlr., dem Hauptassistenten 8 Thlr. und für das Vereinsorgan „Der Volkstaat“ 5 Thlr. bewilligt. Für das nächste Geschäftsjahr 1873—74 wird Braunschweig als Sitz des Ausschusses, Nürnberg als Sitz der Controlcommission vorgeschlagen und nach kurzer Beratung gewählt. Der nächste Punkt der Tagesordnung: „Statutenänderung“ wurde auf diesbezüglichen Antrag ausgesetzt und dafür Punkt 9 der Tagesordnung: „Beratung über weitere Schritte der von der Leipziger Commission ausgearbeiteten Verbandstatuten“ zur Diskussion gebracht. Der Delegirte Leipzigs gibt einen genauen Bericht über die Verhältnisse, welche es ihnen unmöglich machten, das Statut zur Kenntnisknahme der Mitglieder zu bringen. Es wurde nochmalige Durchberatung des Statuts beschlossen; da jedoch dazu zu viel Zeit in Anspruch hätte genommen werden müssen, so wurde beschlossen, daß die Mitgliedschaft Nürnberg eine Commission zu ernennen habe, welche das Statut innerhalb vier Wochen fertig zu stellen hat. Nächster Punkt: „Statutenänderung“. Der Antrag Nürnbergs, von jetzt ab nur den vierten Theil des Quartallüberschusses (statt, wie bisher, den vierten Theil des Gesamtüberschusses) an die Hauptkasse einzusenden, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Der zweite Antrag Nürnbergs: „Einem jeden ledigen Vereinsmitglied das Sterbegeld auszubehalten“, wird in folgender Fassung angenommen: „Es erhält jedes ledige Mitglied (außer den im Statut bereits vorgesehnen Fällen) das volle Sterbegeld, sobald dasselbe die letzten fünf Jahre keine Reiseunterstützung erhalten hat. Es sind jedoch die Lokalverwaltungen verpflichtet, darauf zu achten, daß kein Mißbrauch getrieben wird.“ Es gelang nun der Antrag auf Einführung einer Krankenkasse zur Verabreichung. Nach längerer Debatte wird die Gründung einer Krankenkasse beschlossen und zugleich die Mitgliedschaft Berlin beauftragt, eine Commission einzusetzen, welche innerhalb sechs

Wochen ein Krankenkassenstatut fertig zu stellen hat. Als Sitz der Verwaltungsbehörde der Krankenkasse wurde der Borort, als Aufsichtsbehörde die Controlcommission bestimmt. Der Antrag von Augsburg: „Einführung einer Invalidenkasse“ wurde abgelehnt. Der Antrag auf Einführung einer genauen Statistik wird angenommen unter folgender Fassung: „Jeder Bevollmächtigte ist verpflichtet, mindestens in jedem Quartal einen genauen statistischen Bericht an den Ausschuß einzusenden. Der Ausschuß ist verpflichtet, nach Sichtung des Materials einen Gesamtbericht im „Volkstaat“ zu veröffentlichen.“ Der Antrag auf Bescheidung des europäischen Schneidercongresses zu Lüttich durch einen Delegirten wird abgelehnt, jedoch beschlossen, ein Mandat einzusenden. Der Antrag betreffs der Agitation wird angenommen, und hat der Ausschuß die nöthigen Schritte zu thun.

Nachdem somit die Tagesordnung erledigt war, schloß Vorsitzender Thimig Dienstag den 12. August, Mittag 1 Uhr, die Generalversammlung.

Berlin, 20. Sept. Vor Kurzem brachte der „Volkstaat“ einen der „Volkzeitung“ entnommenen statistischen Bericht über die Lebensdauer der Arbeiter verschiedener Branchen. Zu meinem Bedauern hat sich dieser Schönärber in der „Volkzeitung“ nicht über die Lebensdauer der Schneider ausgelassen, wenigstens stand nicht davon im „Volkstaat“ und die betreffende Nummer der „Volkzeitung“ ist mir nicht zu Gesicht gekommen. Ich nahm die Jahresberichte der letzten 9 Jahre der sogenannten Zwangs-Kranken- und Sterbekasse der Berliner Schneidergesellschaft zur Hand und ersah daraus, daß die Verhältnisse genannter Gesellschaft nichts weniger als rosenfarbig in Bezug auf die Lebensdauer sind. Es stellt sich hiernach die mittlere Lebensdauer der Verstorbenen auf 34 Jahre 5 Monate und 16¹/₂ Tage. Für den Nichtkenner der örtlichen Verhältnisse könnte dies den Anschein gewähren, als sei dies Resultat bei den heutigen sozialen Zuständen noch ein erträgliches; allein das Ergebnis würde ein bedeutend ungünstigeres sein, wenn nicht ein fortwährender Zuzug von gesunden und Abzug von kranken Mitgliedern stattfände. (Diejenigen Zugezogenen, welche vom Gewerkschaft nicht gesund befunden worden, haben keine Aufnahme bei der Kasse, es sind somit alle bei ihrem Beitritt gesund, was wohl zu beachten ist.) Die Verstorbenen sind größtentheils jahrelang schon kränklich, zum Theil verheirathet, und die Jüngeren, welche sich durch übermäßige Anstrengung, Entbehrungen u. s. w. in kürzerer Zeit die Schwindsucht, vorzüglich bei der Plunder-Confectionarbeit zugezogen, reisen, oft schon todtkrank, ab, um in ihrer Heimath bei Eltern, Geschwistern u. s. w. sterben zu können. Es klingt wie Hohn auf ihr eignes Gend, wenn man die Confectionsschneider prahlen hört mit ihrem Verdienst von 8 bis 10 Thlr. die Woche, denn nur wenige auf diese Arbeit außerordentlich Dressirte verdienen mit äußerster Anstrengung ihrer physischen Kraft so viel, die meisten kaum 4 bis 6 Thlr. pro Woche. Diese Verblendeten sehen nicht ein, daß sie in einer Woche eigentlich 14 Tage arbeiten, denn, kann man es einen Tag arbeiten nennen, wenn an demselben 16 bis 18 Stunden gearbeitet wird. Hierzu kommt noch, daß das Geschäft während des Jahres selbst bei der Confectionarbeit höchstens 6 Monate geht, und in der übrigen Zeit nicht das zum Leben Nöthigste (wochenlang oft gar nichts) verdient wird, daher naturgemäß Mangel und Entbehrung eintreten müssen.

Den schlagendsten Beweis, daß unser Geschäft eins der schlechtesten ist, liefert weiter die mir vorliegende Todtenliste der in den letzten 9 Jahren in Berlin verstorbenen Schneidergesellen. Danach sind 58¹/₂ Prozent der Gestorbenen an der Schwindsucht verstorben; wahrlich eine Thatfache, die alle denkenden Schneider anregen sollte, für Verkürzung der Arbeitszeit und demgemäß Erhöhung des Lohnes zu wirken. Aber leider scheint es, als ob die große Masse der Kollegen durch übermäßige physische Anstrengung und die trotzdem vorhandene materielle Noth schon vollständig versumpt und widerstandslos geworden ist; es ist fast unbegreiflich, daß gerade die Schneider, welche früher zu den am geistig weitesten Entwickelten gerechnet wurden, heut fast allen andern Arbeitern nachstehen.

Darum Kollegen! die Ihr noch Gefühl für Menschewürde habt und den Muth besitzt, thätkräftig für Befreiung Eurer Klasse aus den Fesseln des Kapitals mitzuwirken, bleibt nicht länger theilnahmlos, es ist Verrath an Euch selbst, an Euren Kindern und dem gesammten Proletariat, wenn Ihr die Hände in den Schooß legt. Vereint Euch, schließt Euch unserer Gewerkschaft an, damit wir in geschlossener Phalanx Front gegen schamlose Ausbeutung und Unterdrückung machen und unsere Lage wenigstens etwas bessern und nicht noch tiefer heruntergedrückt werden können.

Auch Ihr, Kleinmeister! lernt endlich einsehen, daß Ihr durch die Logik der Thatfachen auf den „Aussterbe-Stat“ gesetzt seid, wenn auch in anderer Form. Tretet und nicht wie bisher feindselig gegenüber, es gilt unseren gemeinschaftlichen Feind zu bekämpfen, und zwar in erster Linie die Plunder-Confection; schließt Euch unseren Bestrebungen an, kämpft in unseren Reihen gegen das alles verfallende Kapital, damit Eure Kinder nicht von Euch sagen müssen: „Unsere Väter sind durch ihre Verblendung mit Schuld daran, daß wir heut unter noch erbärmlicheren Verhältnissen leben müssen als sie gelebt haben.“

Da auf der Generalversammlung zu Gotha die Gründung einer Central-Krankenkasse beschlossen ist, so wird auch dadurch den Wünschen Derjenigen, welche derhalb der Gewerkschaft nicht beigetreten waren, weil bisher eine Krankenkasse nicht existirte, Rechnung getragen.

Ogleich unsere Gewerkschaft noch jung ist, haben wir doch seit circa 2 Jahren schon an mehreren Orten in Bezug auf Lohnverhältnisse Erfolge erzielt, die nicht zu unterschätzen sind. Darum Kollegen! schließt Euch und in Masse an, laßt alle Sonderbündelei, begrenzt Euch nicht in lokalen Vereinen, die beim besten Willen Großes zu leisten außer Stande sind; vereint Euch mit uns, denn vereint sind wir alles, vereint nichts. Beherzigt den Mahnruf: Proletarier aller Länder, vereint Euch!

Mit Brudergruß und Handschlag

A. Reimann, Alte Jacobstraße No. 6.

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Braunschweig. In Freiberg in Sachsen ist durch die Vermittlung unserer Freunde Schauer und Gäbler aus Dresden eine Mitgliedschaft gegründet; zum Bevollmächtigten wurde gewählt Friedrich August Zimmerer, äußere Bahnhofstraße No. 17; Heinrich Kühn, Kassirer; Kunzmann, Schneider und Heinrich, Controleure. Ferner fand am 20. August die Neuwahl des Vorstandes der Chemnitzer Mitgliedschaft statt. Es wurden einstimmig gewählt: Louis Worgensfern, Bevollmächtigter, Peterstraße No. 24 1 Tr.; Traugott Pensch, Kassirer; Eduard Körner, Schriftführer; Ottomar Kragl, Controleur. Rockmalt fordere ich die Mitgliedschaft Augsburg auf, die Namen der Aufsichtsraths-Mitglieder mitzutheilen, überhaupt bei der Borortver-

*) „Gemäßigte“ Republikaner der ersten französischen Revolution, deren Panier die Schürze der Frau Roland war.

waltung ein Lebenszeichen von sich zu geben. Aufsichtsraths-Mitglieder sind: für Braunschweig Göbmann und Köhler; für Chemnitz Hermann Knof, Brühl No. 26; für Köln August Thomas, Eigelstein No. 105. Ferner fordere ich die Mitgliedschaft Regensburg resp. den Fachgenossen Joseph Hamu auf, zu erklären, ob die 10 Thaler zur Unterstützung der Krankenkasse, welche noch von Dresden abgefordert sind, angekommen sind oder nicht; nachdem eine briefliche Anfrage meinerseits vergeblich geblieben ist, sehe ich mich genöthigt, durch dieses nochmals anzufragen. Nochmals theile ich mit, daß alle Steuern an die Hauptkasse alle 3 Monate, dann aber pünktlich, einzuführen sind, und zwar direkt an den Hauptkassirer Wilhelm Weisenfer, Kupferstraße No. 8. Selbiger quittirt über alle eingehenden Beiträge, um Porto zu sparen, ebenfalls alle 3 Monate im „Volkstaat“. Ferner fordere ich alle diejenigen Mitgliedschaften, wie Regensburg, Augsburg, Schwarzenbach a. d. Saale, Gersdorf bei Bremerhaven, Passau u. a. m. auf, mit der Vorortverwaltung in Correspondenz zu treten, damit wir wissen, wie es mit den Mitgliedschaften dort steht. Laut Beschluß der Verwaltungsratssitzung ist die Mitgliedschaft Nürnberg auf 3 Monate von ihren Steuern an die Hauptkasse befreit. Noch mögen diejenigen Mitgliedschaften, welche mit ihren Steuern an die Hauptkasse im Rückstande sind, selbige baldigst entrichten. Alle Correspondenzen sind an Heinrich Riese, I. Vorsitzender, Schöppensiedlerstraße 50, alle Gelder an Wilhelm Weisenfer, Kupferstraße No. 8, zu senden; der Schriftführer August Kennaun wohnt Magnithor No. 2. Im Auftrage des Verwaltungsraths
Heinrich Riese, I. Vorsitzender.
Schöppensiedlerstraße No. 50.

Correspondenzen.

Leipzig, 21. Sept. Dem Urheber des Breslauer Antrags sehen wir uns genöthigt eine kleine Reklame zu erheben, da er in dem Bestreben, die Schädlichkeit der lokalen Organisationen nachzuweisen, bei seiner Beweisführung doch etwas zu sehr über das Ziel hinaus geschossen hat.

Wir erklären zunächst, daß wir mit dem Verfasser jenes Artikels insofern vollständig übereinstimmen, als auch wir der Meinung sind, daß überall da, wo die Möglichkeit vorliegt, die lokalen Organisationen aufgehoben und reine Parteimitgliedschaften gebildet werden sollen und zwar aus Gründen, die schon so oft wiederholt worden sind, als daß wir sie nochmals anzuführen brauchen.

Den großen Nachtheil aber, den der Verfasser den lokalen Vereinigungen zuschreibt, können wir nicht ersehen und zwar, weil wir aus Jahre langer Erfahrung und Thätigkeit in der sächsischen Arbeiterbewegung besser wie der Herr Verfasser die riesenhaften Opfer kennen, die dieselben gebracht haben. Und zwar sind diese Opfer, wenn sie auch nicht in klingender Mönze der Parteikasse zugeflossen sind, wenigstens der Parteisache zu Gute gekommen und wir denken, das kommt so ziemlich auf Eins hinaus.

Zunächst ist es ein ganz falsches Rechenexempel, das der Urheber des Breslauer Antrags anstellt, indem er aus der Zahl der abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl im Frühjahr 1871 einen Vergleich mit den Steuerbeiträgen des Jahres 1872 bis 1873 aufstellt.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1871 haben im außersächsischen Deutschland unsere Parteigenossen meist sich der Wahl enthalten, weil sie absolut keine Aussicht auf Sieg oder nur erhebliche Minoritäten hatten, oder weil die Mittel durch die Kriegszeit erschöpft, oder unsere Parteigenossen mit andern Parteien Compromisse geschlossen hatten, wie in Berlin und Frankfurt. In Sachsen hingegen hat die Partei mit Aufbringung der äußersten Mittel unter Verhältnissen gekämpft, die ihr zur höchsten Ehre gereichen und das Resultat waren nicht 48,000, wie der „Urheber des Breslauer Antrags“ meint, sondern 42,000 Stimmen. Ob die angegebenen 16,000 Stimmen für das übrige Deutschland richtig sind, muß der Verfasser dieses dahingestellt sein lassen, jedenfalls zeigen die oben angegebenen Gründe, daß dies nicht die wirkliche Stärke der Partei im übrigen Deutschland sein konnte. Dann ist festzustellen, daß die Partei vom Jahre 1870 an in Deutschland in einer Menge neuer Orte Mitgliedschaften gewonnen hat und gewinnen mußte, während in Sachsen der größte Theil der Industriebezirke bereits erobert, neues Terrain zu finden also verhältnismäßig schwieriger war. Von diesem Standpunkte aus betrachtet stellen sich also die Zahlen und Verhältnisse schon ganz anders dar.

Aber gehen wir weiter! Man vergleiche einmal den Abonnementstand des „Volkstaat“ für Sachsen mit dem des übrigen Deutschland und man wird zu einem Resultat kommen, das, wenn mit dem „Urheber des Breslauer Antrags“ zu reden, „genau“ mit dem Arbeiter Deutschlands die Schamröthe ins Gesicht zu treiben“. Und das gilt speziell auch von den Arbeitern der drei größten Städte des Reichs, bei denen das Abonnement in den letzten Quartalen beständig gesunken ist und die es fertig gebracht haben, daß heute der Allgemeine deutsche Arbeiterverein tatsächlich bei ihnen dominiert, während er vor wenig Jahren ganz bei ihnen verschwunden war.

Was sagt der Urheber des Breslauer Antrags zu diesem Vorhalt, der für ihn und seine Parteigenossen doch so blamabel wie möglich ist. Breslau ist leider die einzige Stadt in Deutschland, in welcher der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegenüber unserer Partei wirklich in die Höhe gekommen ist und sie im Schwach hält. — Aber man beachte ferner, daß neben dem hohen Volksstaatabonnement in Sachsen 3 Lokal-Parteiblätter existiren mit rund 5600 Abonnenten, deren Gründung und Erhaltung den sächsischen Parteigenossen allein zur Last gefallen ist. Sind das keine Opfer in den Augen des „Urhebers des Breslauer Antrags“?

Noch mehr: der Wahlkreis, in dem das so hart angegriffene Meerane liegt, hat seit dem Winter von 1866—1867 nicht weniger wie vier Reichstagswahlen mit dem glänzendsten Erfolg und ausschließlich aus seinen Mitteln durchgeführt. Derselbe Wahlbezirk hat für 10 Reichstagsessionen und 2 Zollparlamentessionen vom Jahre 1867—1872 ganz allein aus seinen Mitteln die Diäten für seine Vertreter aufgebracht. Die Summe, die für die Reichstagswahlen und die Diäten in diesen Jahren aufgebracht wurde, beziffert sich auf mindestens 1400 Thlr. Außerdem sind aus der eigenen Initiative des Bezirks innerhalb der letzten Jahre weit über hundert Volksversammlungen abgehalten worden, die Kosten hierfür hat, mit Ausnahme eines ganz unbedeutenden Bruchtheils, der 17. Bezirk aus seiner Tasche aufgebracht und das repräsentirt wiederum die Summe von mehreren hundert Thalern. Man zeige uns einen Bezirk in Deutschland, der auch nur annähernd Ähnliches geleistet.

Deutschland unsere Parteigenossen auf communalem Gebiete eine so erfolgreiche Thätigkeit entfaltet, wie gerade in Sachsen. In Meerane, Glauchau, Crimmitschau, Hohenstein-Ernstthal, Schloßchemnitz, Limbach, Berbau, Kirchberg u. s. f. sitzen unsere Parteigenossen in den Gemeindevollversammlungen. Diese Agitation, mit welcher diese Erfolge erzielt wurden, haben sie ebenfalls aus eigenen Mitteln bestritten. Vor drei Tagen ist in Meerane die ganze sozialdemokratische Liste mit der alten Majorität in das Gemeindevollkollegium gewählt worden; auch ein Stück von dem „die Partei vernichtenden Bakunismus“!

Ueberhaupt ist für kein Land oder keine Provinz Deutschlands verhältnismäßig aus der Parteikasse so wenig Geld ausgegeben worden wie für Sachsen. Das soll kein Vorwurf für die Parteikasse sein, Sachsen kann auch und muß auf eigenen Füßen stehen, aber man komme nur nicht und mache Vorwürfe, die, wie sie gemacht wurden, entschieden ungerichtlich sind. Stünde die Bewegung in ganz Deutschland wie in Sachsen, die Partei würde ihrem Ziele sehr nahe gerückt sein.

Wir wollen keineswegs behaupten, daß die sächsischen Parteigenossen für die Centralkasse nicht mehr leisten könnten oder sollten; wir haben das Gegentheil häufig genug ausgesprochen und wir hoffen, die sächsischen Parteigenossen werden auch nach dieser Richtung wie nach jeder andern ihre Schuldigkeit thun, aber man komme nicht mit Ueberreibungen und vor allen Dingen lehre man hübsch vor der eignen Thüre, wo es viel zu thun giebt.

Meerane, 22. Sept. Die Partei hat abermals einen großen Sieg zu verzeichnen. Bei der Neuwahl des durch die Regierung aufgelösten Stadtverordnetenkollegiums hat die Partei ihre gesammte Liste bis auf den letzten Mann durchgebracht und unsere Bourgeoisie hat abermals das Nachsehen. Hätte unsere Partei nicht den Fehler gemacht und den des Wahltreues verlustig erklärten früheren Stadtverordnetenvorsteher Reister auf ihre Liste gesetzt, der Sieg wäre noch viel eclatanter geworden. Denn erstens stießen sich viele an dem Namen Reister's und zweitens wurden circa 24 Zettel, auf denen derselbe enthalten war, für ungültig erklärt, während es gelang auf dem größten Theil der Stimmzettel seinen Namen rechtzeitig zu streichen, um ihre Ungültigkeitserklärung zu verhindern.

Die Wahlbetheiligung war so stark wie nie zuvor, nahe an 1400 Stimmzettel wurden abgegeben. Die Gegner haben das Aeußerste aufgeboten, um diesmal zu siegen, und sind trotzdem, zum so und so vielen Male gekloppt worden zu sein.

Bezeichnend ist, daß Stadtrath Wolf, der Rathbedarfssozialist, der eine so hervorragende Rolle in unsern örtlichen Streitigkeiten spielt und seine Arbeiterfeindschaft bei jeder Veranlassung zeigt, als Wahlcommissar fungirte und gleichzeitig strikte sein Verbot von öffentlichen Versammlungen wegen angeblicher „Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit“ aufrecht erhalten hat. So war es unsern Parteigenossen unmöglich gemacht, vor der Einwohnerchaft selbst ihr Programm und ihre Anschauungen zu entwickeln, während die Gegner die beiden Lokalblätter der Stadt zur freien Verfügung hatten.

Und trotz alledem diese Niederlage! Herr Stadtrath Wolf, gegen den hauptsächlich der Schlag gerichtet ist, verläßt in nicht zu ferner Zeit Meerane, um den Bürgermeistern in Großschönau, das sich des Braven freuen kann, einzunehmen; aber unser Bürgermeister Feindert, der ebenfalls entschieden gegen die Majorität der Bürgerchaft Partei ergriffen hat und nun genügend belehrt worden ist, wie die Stadt, die er verwaltet, geführt ist, würde auch gut thun, sich nach einer andern Stelle umzusehen.

Niederbachau, 16. Sept. Am Sonntag, den 14. September, hatten wir eine Volksversammlung in der A. Uhle aus Chemnitz referirte. Die Versammlung war sehr gut besucht; es mochten gegen 500 Personen anwesend sein. Der überwachende Beamte stellte sich dem Einberufer vor und zeigte seine schriftliche Legitimation. Dieses mögen sich die Willkauer merken!

Die Versammlung verlief sehr ruhig, denn seit 1867 war keine Volksversammlung gewesen.

Herr Uhle schilderte die Lage des arbeitenden Volkes, vom Kampf mit den Elementen an bis zur Jetztzeit, wo der Kampf zwischen Kapital und Arbeit auf der Tagesordnung steht; zugleich zeigte er auch, was die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebe. Parteigenosse Feldbauer aus Zwidaun sekundirte tüchtig.

Ebenso wurde beim zweiten Punkt, die Reichstagswahlen, es recht klar und deutlich gezeigt, daß für die kommende Wahl sich Alles zu organisiren habe, zumal der schon das erste Mal hier gewählte W. Liebnecht wieder im 19. Wahlkreis aufgestellt sei. Nach der Versammlung fanden Einzeichnungen in die sozialdemokratische Arbeiterpartei statt, und werden sich noch Viele anschließen, wenn wieder eine solche Versammlung stattfindet, denn lange hat hier der Boden geruht. Eine gute Ausfaat und man wird ernten.

(Er. B. u. Vr.)

Göhriz, 22. Sept. Am 14. ds. Mts. hat sich hier eine Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Partei gebildet. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend in der Gräflichen Schenkewirthschaft (oberes Lokal) statt.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Reinhard Ackermann, Vertrauensmann, Fingelhüttengasse.

Gera, 22. Sept. Am Sonnabend, den 20. d. M., hatten wir hier eine Volksversammlung abgehalten, in der Parteigenosse Ufert aus Weimar über die Tagesordnung „Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen“ referirte. Leider hatten wir für dieses Mal nicht den größten Saal der Stadt, die „Tonhalle“, bekommen können und mußten daher die Versammlung in einem etwas kleineren Saal, auf Bellevue abhalten, sie war daher nicht so stark besucht als unsere Volksversammlungen sonst gewesen sind. Doch der Saal war gefüllt.

Parteigenosse Ufert sprach eingehend über die Prinzipien der sozialdemokratischen Partei im Gegensatz zu den übrigen Parteien, und deren Verhalten gegenüber dem Arbeiterstande, ebenso auch Brätter, und wurde darauf hingewiesen, daß bei der kommenden Wahl das Kleinbürgertum und der Arbeiterstand sich aufraffen und durch eine starke Betheiligung an der Wahl zeigen sollten, daß sie die Vertretung ihrer Interessen nur von einem Candidaten der demokratischen Partei erwarten, indem sie einem solchen ihre Stimme geben. Wenn auch der Sieg bei der Wahl für uns zweifelhaft ist, so ist es doch geboten, agitatorischer Rücksichten halber, trotz des harten Bodens für die Sozialdemokratie hier in Gera, die Kräfte zu messen und zu probiren; da seit der letzten Wahl, die unter den ungünstigsten Verhältnissen stattgefunden, die Sozialdemokratie nicht gefallen, sondern gewachsen ist, wenn auch nicht an großer aktiver Mitgliederzahl wie in Sachsen, so doch an Sympathie des Kleinbürgers und Arbeiterstandes. Bei den vorigen Wahlen waren wir hier in Gera unter vier Parteien: der conservativ, liberal, fortschrittlich und demokratisch die zweitwertigen in Gera an Stimmzahl, allerdings im ganzen Wahlkreise erst die dritten. Der liberale „unser Braun!“ (wir haben

hier in Reußenland ein Recht zu sagen: „unser Braun“, ohne daß wir uns den Vorwurf der Malice zuziehen wollen) hat den Sieg davon getragen, allerdings mit allen nur erdenklichen und unerlaubten Manövern; von solchen unverschämten Mitteln hat sich die conservative Partei sogar ferngehalten. Der Einfluß derselben, der sich größtentheils aus dem Beamtenstande rekrutirt, ist im Gegensatz zu der liberalen Partei auch kein großer, und spielt hier die Liberalen zur Zeit noch die erste Geige.

Um diese wirksamer zu bekämpfen, haben wir hier vor drei Viertel Jahren, allerdings mit für unsere Verhältnisse bedeutenden Opfern unsern „Geraer Volksfreund“ gegründet, da auswärtige demokratische Blätter erfahrungsmäßig sich hier nicht einbürgern können. Wir können daher die Prinzipien der Sozialdemokratie mit Benutzung der lokalen Vorkommnisse in immer weitere Kreise tragen, und auf diese Weise das Gebahren der freiheitsfeindlichen Elemente kennzeichnen. Freilich haben wir auch schon Prozesse in Aussicht und ist der Redacteur R. Brätter wegen eines Artikels in der Nummer vom 31. August „Rechtlosigkeit der Arbeiter“ betitelt, zweimal in Untersuchung genommen worden. Also ein Artikel und zwei Prozesse, der eine wegen Beleidigung und Verläumdung eines Fabrikanten, der andere wegen Beleidigung und Verläumdung des Justizamts I. Der Artikel enthält nur Thatsachen mit einer gegen die Fabrikanten gerichteten und daher unseren Bourgeois unangenehmen Polemik gewürzt; eine Beleidigung des Justizamts kann man selbst nicht mit der Lupe erblicken.

Daß hier in Gera, einer bedeutenden Fabrikstadt, nicht die Sozialdemokratie die Macht hat wie in den sächsischen Industriestädten, hat hauptsächlich erstens seinen Grund darin, daß die Arbeiter sich von außen, wenigstens aus unsern armen Hinterlande, dem sogenannten reußischen Oberland, rekrutiren, die dort in mehr als zu bescheidenen Verhältnissen an einfache Bedürfnisse gewöhnt sind, wo sie zufrieden ihren Kohl bauen, und daher, wenn sie nach Gera kommen, die etwas höheren Lohnsätze als eine Verbesserung ihrer Lage betrachten. Daher bekommen unsere Bourgeois immer billige und gefügige Arbeiter und Dienstboten, die das Oberland ihnen züchten muß. Der zweite Grund ist der, daß hier die alten Fabrikantenhäuser, welche mit Advocaten, Beamten u. s. w. verchwägert und verpettert sind, fast ausschließlich durch ihren Einfluß die gewerlichen Verhältnisse beherrschen; und da diese Plutokratie factisch regiert, so muß auch nothgedrungen das Ministerium in dasselbe Horn blasen. Daß unter solchen Verhältnissen eine demokratische Opposition einen schweren Stand hat, wird man begreifen; können doch nicht mal die Fortschrittler, deren Richtung das hier erscheinende „Norddeutsche Wochenblatt“ vertritt, zu einer festen Partei gelangen, sondern müssen sich als den linken Flügel der Liberalen gelten.

Noch ein Haupthinderniß des starken Aufstehens der sozialistischen Prinzipien ist die traffe Genuß- und Vergnügungssucht, welcher der größte Theil der Bevölkerung, einschließlich des Arbeiterstandes, in der ausgiebigsten Weise fröhnt, und die nach der Arbeit das ganze Dichten und Trachten in Anspruch nimmt, so daß für Opfer und wahres Denken für eine politische Sache keine Zeit und Geld übrig bleibt. Die traffe Genußsucht befördert auch die Gleichgültigkeit, und nur wenn etwas hauptsächliches los ist, betheilt man sich. Nun, wir werden diesen Herbst auch in andern Städten des reußischen Landes unser Möglichstes thun, um den Leuten zu zeigen, was Herr Dr. Braun als Volksvertreter alles schon für das Volk gethan hat, und warum so viel Mühe, so sehr viel Geld und so viel Intriguen von Seiten der bestehenden Klassen, der Liberalen, zu seiner Durchbringung bei der vorigen Wahl aufgewendet worden sind. Es ist eine eigne Ironie, den ärgsten Zeigerer der Kleinstaaten gerade als Vertreter eines Kleinstaates zu sehen. Nun, wir sind keine Partikularen, sondern Sozialisten, die „unsern Braun“, diesen cynischen Verächter und Vespötter der Volksfreiheit, auch als „unsern Feind“ betrachten und dem das Terrain auch unsererseits gehörig freitig gemacht werden wird.

Erfurt, 18. September. Aufruf an alle Holzarbeiter Deutschlands! Der Gewerkschaftskongress findet für dieses Jahr am 4., 5., 6. Oktober in Nürnberg statt, wo viele Mitgliedschaften Delegirte dahin senden, um über Mittel und Wege zu berathen, wie eine Besserstellung der Lage der Holzarbeiter jeder Branche erreicht werden kann. Die unterzeichnete Kommission ermahnt Euch, Kameraden an allen Orten, betheilt Euch am Kongress. Auch Euch, die Ihr uns noch fern steht, und vielleicht noch in Unkenntniß über diese Sache seid, tretet zusammen, gründet Mitgliedschaften, sendet Delegirte nach Nürnberg, und helfst das gute, für alle Fachgenossen wichtige Werk vorzudrängen. Sammelt so viel freiwillige Beiträge (im Fall kein geeigneter Fond vorhanden ist), daß mindestens 1 Delegirter die Reise nach Nürnberg antreten kann; wo es nicht möglich, übergebt Euer Mandat den Delegirten eines andern Ortes. So z. B. sind für Thüringen die 2 Erfurter Delegirten, welche den Kongress besuchen, gerne erböthig, andere kleine Ortschaften zu vertreten und Mandate zu übernehmen und sind solche rechtzeitig mit Angabe der Kopzahl an den Bevollmächtigten Herrn E. Fritsch, Neugasse No. 5, zu senden.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Die Control-Kommission: W. Kummer.

Braunschweig. Was für ein Hauptlump der auf dem Eisenacher Kongress aus der Partei ausgeschlossene Herr Bürgermeister Pöser ist, wird erst jetzt klar, wo das Bürgschken die Mäse vollständig hat fallen lassen.

Nicht nur führt er jetzt den Kampf gegen unsere Braunschweiger Parteigenossen in der dortigen national-liberalen Presse, also der Presse derselben Partei, welche er während seiner Thätigkeit in unserer Partei auf das Heftigste angegriffen und unzählige Male an den Pranger gestellt hat, sondern seine Erklärung gegen den „Braunschweiger Volksfreund“ enthält auch einen Satz, der sein Knegeantenthum in das rechte Licht setzt. Herr Bürgermeister Pöser schreibt im Braunschweiger „Tageblatt“ wörtlich: „Noch muß ich bemerken, daß die liberalen Zeitungen meine gegenwärtige Stellung ganz falsch auffassen. Nicht gegen die Partei wende ich mich, sondern gegen das Eliquewesen in der Partei und die maßlosen Uebergriffe des Herrn Brade. Meiner Ueberzeugung nach bleibe ich Sozialdemokrat, allerdings von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß auch im monarchischen Staat mit Hilfe der Produktivgenossenschaften eine Lösung der sozialen Frage möglich und daher eine gewaltsame Revolution zu vermeiden ist.“

Wahrscheinlich wird Herr Bürgermeister Pöser nunmehr bald unter die Bismarckschen „Sanbirten“ eingereiht, wohin er gehört.

Solmünden, 15. Sept. Am Sonntag fand hier eine aus allen Schichten der Bevölkerung zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Brade, Luber und Müller aus Braunschweig über die Arbeiterbewegung und das allgemeine gleiche und direkte

Wahlrecht referieren sollten. Es waren zwei Polizeidiener, von denen der eine mit einem Stock, der andere mit einem Säbel bewaffnet war, sodann der Stationskommandant mit zwei Landwehrcorps anwesend, welche sämtlich bei der Rednerbühne Platz nahmen. Zu diesen gesellte sich noch ein wohlbeleibter Herr in Zivilkleidung, der sich später als der neue Bürgermeister Holzwindens entpuppte. Brade gab der Versammlung ein kurzes Bild der Arbeiterbewegung. Als Redner die Commune erwähnte, wurde er von einem neben ihm stehenden Herrn unterbrochen, und als Brade sich diese Unterbrechung verbat, erklärte der Herr, daß er der Bürgermeister Holzwindens sei. (Als überwachender Beamte hatte sich derselbe nicht angemeldet, es konnte mithin nicht Jeder wissen, wer der Unterbrecher sei.) Mit erhobenem Stode, an dessen Ende sich ein Knopf, nach Art der Todtschläger, befand, forderte hierauf der Bürgermeister den Vorsitzenden Müller auf, dafür Sorge zu tragen, daß der Redner nicht mehr die Commune erwähne, sondern über das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht spreche. Brade erwiderte hierauf ruhig, er finde dieses nicht in Ordnung und es scheine ihm, als ob der Herr Bürgermeister das Vereins- und Versammlungsrecht nicht kenne. Weiter konnte der Redner nicht sprechen; der Bürgermeister war im höchsten Grade erzürt, erklärte die Versammlung für aufgelöst und rief zu gleicher Zeit die anwesende Polizeimannschaft zu sich. Aus der Versammlung erhob sich ein stürmischer Protest gegen diese Maßregel; doch ging die Waise ruhig auseinander. Am Ausgang aus dem Centrallokale nahm der Bürgermeister dem Stationskommandanten das Versprechen ab, daß derselbe keine weiteren Ansprachen an die Versammlung dulden wolle. Da beabsichtigt wird, demnächst wieder eine Volksversammlung in Holzwindens zu halten, so haben unsere Parteigenossen dem gestrengen Herrn Bürgermeister ein Exemplar des Gesetzes vom 16. Juli 1853, betreffend „den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts“, überhandt und ihm dieselbe zu eingehendster Lektüre empfohlen.

Hannover, 20. Sept. Der Tischlerstreik dauert hartnäckig fort. Der Zutritt ist sehr zu halten. Unterstützungen wolle man senden an unseren Cassirer W. Schulz, Ballhofstraße Nr. 1.

NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich nur allein Ballhofstraße Nr. 1. Die Strike-Commission.

Sof, 17. Sept. Es dürfte unsern auswärtigen Parteigenossen vielleicht nicht uninteressant sein, einmal einen kurzen Ueberblick über den Stand der Bewegung in Hof und Umgebung zu gewinnen. — Am 3. August 1872 wurde hier eine Gewerkschaft neu gegründet, nachdem eine früher hier bestehende G. v. M. F. H. A. eingegangen war. Mit Hilfe der Gewerkschaft gelang es uns, am Neujahr 1873 ein im 1. Quartal einmal und seitdem zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt, betitelt „Hofers Zeitung“, unter der Redaktion Lienig's, herauszugeben. Wir haben nun durch dieses Blatt und eine große Anzahl Freunde unter dem Kleinbürgerstand und fast sämtliche Arbeiter Hof's für unsere Sache gewonnen. Um nun im Hof und dem angrenzenden Plauenischen Wahlkreis besser wirken zu können, erforderte es, daß wir unser Blatt mindestens dreimal die Woche herausgeben. Da nun der Druck desselben bedeutenden Schwierigkeiten unterworfen ist (wir müssen dasselbe in Grimnitzhau drucken lassen), so gingen wir mit Gründung einer Genossenschaftsbuchdruckerei vor. Es wurden auch bereits einige Hundert Gulden eingesahlt, und hoffen wir, in nächster Zeit uns die Maschinen angeschafft zu können. Außerdem hat sich auch im März d. Js. eine Parteimitgliedschaft aus den besten Mitgliedern der Gewerkschaft rekrutiert, der auch anderweitige Freunde unserer Sache beitreten; ebenso stehen jetzt an der Spitze des nun schon seit einigen Jahren hier bestehenden Konsumvereins hauptsächlich Sozialdemokraten; sonach können wir, wenn wir sämtliche Resultate, die wir bisher erzielt haben, überblicken, wirklich zufrieden sein. Die Zukunft lächelt unsern sozialdemokratischen Herzen ebenfalls; denn unsere Gegner suchen uns auf allen Seiten zu schaden und somit wird in nächster Zeit der Kampf ein noch viel erbitterter werden, als er es bis daher war. Wir freuen uns darüber; denn wo Ruhe — ist Tod, Stillstand — Rückschritt; aber wo Kampf ist, da ist Leben.

Anlässlich der Sedanfeier muß ich eines Vorfalls erwähnen, der am Abend des 2. Sept. sich ereignete. Die hiesigen Wodspatrioten haben nämlich ebenfalls eine Sedanfeier an den Haaren herbeigezogen. Der Zug vom Rathhause zum Schützenhaus war, in Verhältnis zur Einwohnerzahl, ein schwachvertreter zu nennen, und mußten eben die Schulkinder, wie überall, den Ausschlag geben. Am Abend nun besuchte der Veteranenverein das Monument seiner gefallenen Brüder, wobei jener Verein die Todten „hoch leben“ ließ.

Am vergangenen Sonntag, d. 14. ds., passirte Nacht 11 1/2 Uhr der „Kronprinz des deutschen Reichs“ per Courierzug unsere Stadt. Es hatten sich eine Anzahl Leute zusammengedrängt, um demselben ihre „Anwartung“ zu machen. Allein die seidenen Gardinen des Salomagens lifierten sich nicht, selbst auf die stürmischen Hochs und Hurras von Seiten des Publikums ließ sich Niemand sehen, und so mußten die Herren Hochrufer und Hurraschreier, darunter der unvermeidliche Veteranenverein nebst den hoch und höchsten Beamten unserer Stadt, unverrichteter Sache wieder abziehen. Was sich diese Leute wohl getraut haben mögen? Soviel ich erfahren habe, gab es auch Leute darunter, die die Freiheit hatten, mit dem Stock an den Wagen zu schlagen, um den kronprinzlichen Schlaf zu stören, damit sie nur eines L. L. Blides gewürdigt würden. Ich bedauere eine solche hochgestellte Persönlichkeit, daß man ihr nicht einmal nach „des Tages Last und Hitze“ die wohlverdiente Ruhe gönnt.

Mit sozialdemokratischem Gruß:
Carl Schweigert.

München. Wie fast überall, so sind die Sozialdemokraten auch hier allein diejenigen, die Muth haben den Mund aufzuhalten, und darum sucht man denselben auf alle mögliche Weise ledig zu werden, auf eine Blamage mehr oder weniger kommt es bei hohen Polizei dabei nicht an. Während man z. B. unsere Versammlungen selbst die geschlossenen Mitgliederversammlungen wegen Choleragefährlichkeit verbietet, ja uns nicht einmal als Gäste in einem geräumigen Saale beisammen läßt, darf der fortschrittliche Arbeiterbildungsverein seine Versammlungen in einem bei weitem nicht so gesunden Lokale halten. Von einem Verbote des Theaters, der Concerte oder der Kirchenbesuche ist natürlich gar nicht die Rede, was jedenfalls beweist, daß die Sozialdemokratie nicht nur staatsgefährlich, sondern auch ausdrücklich choleragefährlich ist. Als weiterer Beweis dafür möge gelten, daß die hiesigen Fachvereine sich zwar versammeln können, daß aber in diesen Versammlungen nicht gesprochen, d. h. Vorträge gehalten werden darf, jedenfalls darum, weil man vermutet, daß die betreffenden Redner Sozialdemokraten sind und durch das Eindringen ihrer Worte in die Ohren der Zuhörer die Cholera vom Redner auf sein Auditorium verpflanzt werden könne. Darum ist also bisher alles Mithen der Aerzte, die Seuche zu bekämpfen, umsonst gewesen,

weil sie immer annahmen, daß dieselbe durch den Eingang verpesteter Luft in die Athmungsorgane verbreitet werde. Die Münchner Polizei hat Euch Aerzte alle übertrifft. Während Ihr rathet, hat sie bereits die Gewisheit. Und wenn Ihr einfach anordnet, daß zur Verhütung der Ansteckung jeder Sozialdemokrat sich das Maul zuzubinden hätte (d. h. wenn es nicht besser wäre, alle Sozialdemokraten auf Lebenslänge einzustucken), so würde es jedenfalls gar nie mehr eine Cholera geben.

Sonst wäre unsere Stellung in München gar nicht schlecht, und wenn von je den Fachvereinen unsererseits mehr Beachtung geschenkt worden wäre, so wäre es gar keine besondere Aufgabe, bei den Reichstagswahlen einen Kandidaten durchzubringen, denn die ganze arbeitende Bevölkerung der heutigen Zustände gerathe zu feindlich gestimmt, und daß dieselbe nicht vollständig in unserm Lager steht, liegt wohl zum großen Theil darin, daß nicht reger agitiert wurde. Ist erst einmal der Polizei der Vorwand genommen, daß wir choleragefährlich sind, was bei der eingetragenen Besserung der Gesundheitsverhältnisse nicht mehr lange dauern kann, so werden wir bald im Stande sein, günstigere Resultate melden zu können. Jedenfalls wird bis dahin auch die Seuche der Würthe, und ihre Lokale zur Verfügung zu stellen, überwunden sein, und die hohe Polizei wird dann wieder im sauren Schweige ihres Angesichts herumlaufen müssen, um uns die Würthe abspändig zu machen, was dann aber jedenfalls eitle Mühe kosten wird.

Mit sozialdemokratischem Gruß:
E. F. Rid.

Mürnberg. Wie es in unserer alten für Schlotjunker und Raupbürger so segensreichen Stadt aussieht, möge hier eine kleine Notiz zeigen. Seit ganz kurzer Zeit zeigt sich hier eine so enorme Steigerung aller Lebensbedürfnisse, daß es dem gewöhnlichen Arbeiter fast nicht mehr möglich ist zu leben. So kostet zum Beispiel das Pfund Rindfleisch nach neuem Gewicht 25—26 kr., mit Zugewicht der Knochen kommt es auf 30 kr. Das Hund Brod, welches fast ungenießbar ist, kostet 6 kr. Der Liter braunes Bier aus allerlei Substanzen, welche den menschlichen Körper schädigen, zusammengefast, kostet 8, 9 ja selbst 10 kr. Kurz, alles was zur Verheerung und Nothdurft gehört, Mische mit eingerechnet, ist im Preise hinausgeschraubt, daß es schändlich ist. Wie verhält sich das Schlotjunkerthum dem gegenüber? In allen Arbeiterkreisen Klage über brutale Behandlung und Lohnraub. So ist es notorisch festgesetzt, daß die Accordpreise in der Cramer-Kleffschs Wagen-Fabrik seit wenig Jahren auf die Hälfte herabgedrückt sind, und nur der größtmöglichen Anstrengung und Ausnützung der Körperkraft ist es möglich, noch etwas besseren Verdienst zu erwerben. Diese Fabrik, die seit dem 1. August in die Hände einer Aktiengesellschaft überging, zu deren Mitgliedern sich hohe Persönlichkeiten zählen, mit den früheren Autoritäten an der Spitze, hat einzelne Aktien an alte Arbeiter verschenkt (natürlich Vorarbeiter und dergleichen!) und so ein System geschaffen, welches ihnen mit wenig Mühe eine hohe Dividende sichert. Herr Theodor von Cramer, einer der humansten Fabrikanten von Deutschland, hat es vielleicht nicht geahnt, daß dieses Verschenken von Aktien an Vorarbeiter einen noch größeren Druck auf die Arbeiter ausüben muß. Das ist der Zustand in dieser Fabrik, in der man jetzt wieder verschlechtern will, was früheres Wohlwohlen zu Stande brachte. Und wie in dieser, so ist es in den meisten andern Fabriken; überall die gleiche Klage, überall die gleiche Noth. (Den Schluss dieses Berichtes haben wir gestrichen, weil er eine Bitte enthielt, mit der der Einfender „vor den Blicken der Öffentlichkeit“ die „Aktionäre und Fabrikanten“ um „humanere Behandlung und möglichst weniger Druck“ angeht. Der Arbeiter hat nichts zu erbitten — er hat zu verlangen und zwar mehr zu verlangen als „humane Behandlung“. Wer aber human behandelt sein will, der lasse sich eine inhumane Behandlung nicht gefallen. D. R. v. B.)

Berichtigung. Zu der „politischen Uebersicht“ der letzten Nummer, S. 3, Sp. 1, Abt. 2, muß es statt „den Herren Offizieren“ natürlich heißen: „den Herren Offiziösen“.

Fond für vol. Gemahregelte.
Vom Arbeiterbildungsverein Leipzig durch Rauert 6 Tplr. 7 Gr.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Anteilscheine der Antiquarhandlungen ertheilt ferner: in Leipzig C. Geißler f. d. Intern. Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer 50 Tplr. Hadlich.

Briefkasten
der Redaktion „Arbeiter-Wochenchronik“ in Pest: Seit Wochen haben wir Ihr Blatt nicht erhalten und bitten um Zusendung desselben. Anonymus in Berlin: Ihre Einsendungen sind nicht für den „Volkstaat“ geeignet; wir haben dieselben an die Redaktion der „Ehemaligen Kämpfer“ gesandt. Dr. Guido Weiß in Berlin: Wir haben Ihnen ein Exemplar unseres Blattes überwiesen und ersuchen Sie, bezüglich der „Wage“ das Gleiche zu thun. Dasselbe gilt für den „Genossenschaftler“ in Pforzheim und die „Süddeutsche Volkstafel“ in Mainz. Den Blättern, mit welchen wir bisher Exemplare tauschten, theilen wir mit, daß wir auch für das 4. Quartal für dieselben eingezahlt haben. G. F. in Berlin: Ja! der Expedition. R. Kline in Froberg: Die Ann. ist bezahlt, im Refusungsverzeichnis wurde von uns Froberg zu streichen vergessen. W. Berlin: Der Fehler wegen den 4. An. ist berichtigt. C. H. Dresden: Die Ann. kostet 8 Gr. Triman Berlin: Sobald die verlangten Schr. erscheinen, erhalten Sie selbe. Von Sch. hier: Schr. 6 Gr. 3. W. hier: 3. Cu. 10 Tplr. 2. Tilm Berlin: Schr. Tplr. 6. 12. Holzard. Gw. Berlin: Ann. 24 Gr. Föhl. Einbd: Ann. 11 Gr. W. H. Bromberg: 3. Cu. 16 Gr., Schr. 4 Gr. Schumacherger, hier: Ann. 5 Gr. Schr. Reubnitz: Abonn. Tplr. 1. 4. D. L. hier: Schr. 17 Gr. D. H. Niederstätt: 3. Cu. 15 Tplr., Ann. 19 Gr. Gew. d. Schum. Schweinfurt: Ann. 5 Gr. 3. D. Galen: 3. Cu. 8 Tplr. C. L. Landshut: Ann. 10 Gr. Rückzahlung vom Ausf. Hamburg: 21 Tplr. D. R. St. St. hier: Ab. Tplr. 14. 14. Schr. Tplr. 1. 24. H. H. L. hier: 3. Cu. Tplr. 8. 7. 7. Arb.-Ber. Rechl. Ann. 7 Gr. K. Ann. das: Ann. 6 Gr. M. H. Grimnitzhau: Ann. 16 Gr. A. Trim Berlin: Ab. Sp. 15 Tplr. Bringt Gotha: Tplr. 1. 2. Gewerksch. d. Holzard. das: Ann. 7 Gr. J. K. hier: Schr. 4 Tplr. A. H. L. hier: Schr. 6 Gr. 6 Pf. Kar. Reubnitz: Schr. Tplr. 1. 26. 5. G. W. L. hier: Schr. Tplr. 2. 23. 5. Maurer- und Zimmerer-Gewerksch. Leipzig: Ann. 26 Gr. Arb.-Ber. Reubnitz: 4. Cuart. 1 Tplr. 4 Gr. 3. V. hier: Reubnitz: Sie haben bis Neujahr bez. und noch 4 Gr. gut. W. H. Gotha: Wir wollen Ihren Vorschlag acceptiren. Erl. St. J. Ann.: Schr. folgen, Brief vom 3. ds. haben wir nicht erhalten. Fern. Duisburg: 3. Cu. Tplr. 10. 2. 5. erb. Rest an Abonn. 10 Gr., Porto Tplr. 3. 27.

Anzeigen zc.

Berlin
Zur Beachtung.
Ich sehe mich genöthigt, folgendes zu veröffentlichen: Da es mir im 3. Quartal mehrmals vorgekommen ist, daß ich den Lesern des „Volkstaat“ den „Volkstaat“ bis nach dem 15. bezogen habe, und dann auf einmal verschwunden oder sonst nicht vertretbar haben von einer Woche zur andern und schließlich keine Zahlung erfolgt ist, so bringe ich folgendes zur Kenntniß: Wer von meinen Abonnenten im folgenden Quartal nicht bei der 1., 2. oder 3. Nummer den Betrag entrichtet, erhält das Blatt nicht mehr zugesandt.
A. Trautmann, Engelauer Gb.

Berlin
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Bezirksversammlung.
Montag, den 29. September, Abends 8 Uhr:
Eudwig Local, Admiralstraße 11, Eingang vom Hof:
Vortrag des Herrn Wille.
Landbergerstraße 15, bei Heise:
Vortrag des Herrn Bernkein.
Die Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen.
Das Agitations-Comité.
Sonntag, den 28. Sept., Abends 8 Uhr, gemächliche Zusammenkunft bei Kohlweid, Alexanderstraße 31.

Berlin
Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.
Die Mitglieder der Krankenkasse versammeln sich Sonnabend, den 27. September, Abends halb neun Uhr, Beberstraße 24a bei M. W. Das Erscheinen Aller verlangt dringend.
Cl. Gerstenberg, Geschäftsführer,
Achte Neue Straße am Kaiser-Pl., Arnold's Haus,
Seitenflügel, 4. Tr. rechts.

Breslau
Arbeiterverein Geselligkeit.
Sonntag, den 28. d. Mts., Abends von 6 Uhr ab
Gesellige Zusammenkunft mit Damen
im Saale des Hotels zur Nova, Grüne Baumbrücke, 1 Treppe links
Die Mitglieder werden ersucht, sich mit ihren Familien recht zahlreich zu betheiligen. Eingeführte Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Breslau
Allgemeines Arbeiter-Fest
Sonntag, den 11. Okt. d. J., Abends 8 Uhr:
unter gütiger Mitwirkung des Männergesangsvereins „Breslauer Sängerkunde“, im Springerschen Saale (Weißgarten), Gartenstraße. Instrumental-Concert, Gesang, deklamatorische Vorträge und Tanz. Festred gehalten von Herrn Dr. Otto-Walster aus Dresden. Die Parteigenossen werden ersucht, für recht zahlreichen Besuch des Festes thätig zu agitieren. Alles Nähere durch Plakate und Annonce in den Lokalfächern.
Das Festcomité. (Se)

Frankfurt a. M.
Soz.-dem. Arbeiterpartei.
Versammlungsort: Stadt Arenmarkt, Demianergasse 10. — Jeden Samstag Abend Vortrag und Diskussion.

NB. Der „Volkstaat“ liegt in folgenden Wirthschaften aus: Schwab-Papagestraße; Schäfer, Papagestraße; im Stößenfeld, alte Rainzer-gasse; im Lindenbaum, Saalgasse; Ell., Kammerberggasse und Foulles-Gelnhäusergasse.

Hamburg
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Versammlung am Montag, den 29. Sept., Abends 9 Uhr, bei Haub, Schauenburgerstr. 14.
Tagesordnung: Abrechnung. Urabstimmung. Die Agitation.
Die Mitgliedsarten sind vorzuzugehen.

Leipzig
Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntag, den 27. Sept., Abends 8 Uhr, Windmühlens-trasse 7, Versammlung. — Fragekasten, Discussion. D. B.

Leipzig
Internationale Metallarbeiter-Gesellschaft.
Montag, den 29. Sept., Sitzung bei Anhold, Reub-nitzstraße. Tagesordnung: Vortrag über Produktiv-Assoziationen 2. Gewerkschaftliches.

Robawes
Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.
Sonntag, den 27. Sept., Abends punkt 8 Uhr, Versammlung im Saale des Herrn Schulz, Prieserstraße. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vertrauensmann: W. Reihhorn.

Spandau
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Montag, den 29. d. Mts., Abends 8 Uhr:
Versammlung im Hamburger Tunnel.
T. D.: Die Bestrebungen und Ziele der Sozialdemokratie. Ref. Wille, Berlin.

NB. Die Parteimitglieder werden ersucht, zahlreich wegen innerer Parteianglegenheiten zu erscheinen.

Thonberg u. Umgegend
Arbeiterverein.
Montag, den 9. September, Abends halb 9 Uhr, Versammlung bei Gänther.
Der Vorstand. (Se)

Wandsbed
Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Die Mitgliederversammlungen finden jeden Freitag Abend halb 9 Uhr im Lokale der „Harmonie“ statt. Julius Köhn.

Alein Geschäft
neuer, sowie getragener Kleidungsstücke und Schuhwerks
befindet sich während der Messe: Johannisfirchhof.
F. A. Kielhorn.

Schweizer Kräuter-Blumen-Thee
aus dem Canton Glarus direkt bezogen, ein erprobtes Mittel gegen Verschleimung, Brustkatarrh etc., wie ein vorzügliches Blutreinigungsmittel, empfehle ich allen Parteigenossen zur Abnahme.
Das Paket kostet 3 Ngr., 4 Stück 10 Ngr. gegen baar.
Leipzig, 23. Sept. 1873. Elias Reimensberger,
aus Marfisch in Elsch.

Wir sind gern bereit, zur Unterstützung unserer wegen Verbreitung der Sozialdemokratie im Elsch gemahregelten 65jährigen Parteigenossen Bestellungen auf obigen Schweizer Kräuter-Blumen-Thee entgegen zu nehmen.
Die Expedition des „Volkstaat“.

Bekanntmachung.

Die Vertrauensmänner oder Filialexpeditionen derjenigen Orte, für welche es unmöglich ist, ihren vollen Bedarf an Volkstaat-Exemplaren pro viertes Quartal (Oktober—Dezember) durch die Post zu beziehen und demnach die Filiale beibehalten werden, hienmit aufgefordert, uns hiervon unter Angabe der benöthigten Zahl von Exemplaren baldigst Nachricht zu geben. Der Versandt geschieht jedoch nur dann, wenn das Abonnement für das dritte Quartal vollständig berichtigt ist.

Filialen, die am 1. Oktober noch restituiren, oder von welchen uns Nachricht über das Fortbestehen derselben nicht zugegangen, werden für aufgehoben erachtet. Für Sachsen und Herzogthum Altenburg werden neue Filialen nicht errichtet.

Leipzig, 9. September 1873.

Die Expedition des „Volkstaat“.

Zur allgemeinen Kenntniß
bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmte Aufnahme finden, wenn das betr. Manuscript einen Tag vorher, also Montag, Mittwoch oder Freitag Mittag in unseren Händen ist.

Inserate bitten wir an uns zu adressiren.

Die Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig, Hermannstr. 14. Druck und Verlag der Genossenschafts-Verlagsanstalt.